



15 Punkte für besseren Kinderschutz unter den Bedingungen von Corona

Die Rechte der Kinder auf Schutz und Hilfen nicht außer Kraft setzen.

1. Jugendämter benötigen das Recht zu entscheiden, Kinder zur Wahrung ihres Wohls vom Betretungsverbot von Kitas auszunehmen bzw. die Betreuung in der Schule zu ermöglichen (heute umgesetzt!).
2. Viele Schulen halten auch jetzt den Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern. Das Land sollte darauf hinwirken, dass Lehrerinnen und Lehrer dabei auf die einschlägigen Informations- und Hilfsangebote hinweisen und dies mindestens einmal wöchentlich wiederholen. Dabei ist es unerheblich, welches Fach die Lehrkraft unterrichtet. Wichtig ist es, dass Hilfe und Informationen die Schutzbedürftigen erreichen.
3. Nicht in allen Institutionen klappt der Kontakt weiterhin. Es braucht daher Informationen, Schulungen und Handreichungen für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, damit sie sich über geeignete Kanäle (Telefon, Online) über das Wohlergehen der Kinder informieren.
4. Oftmals sind Vertrauenspersonen unsicher im Umgang mit der Einschätzung über mögliche Kindeswohlgefährdungen. Das Land kann mit Handlungsanweisungen und Handreichungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer helfen, damit Gefährdungen des Kindeswohls umgehend an Jugendämter gemeldet werden.
5. Gerade in Zeiten in denen die Kontakte zu Vertrauenspersonen in Kitas und Schulen wegbrechen, können Hotlines für den Kinderschutz wichtige Ersthelfer sein, an die sich Betroffene wenden können. Das Land sollte diese daher gezielt bewerben, insbesondere in den Medien, die von Kindern und Jugendlichen oder geeigneten Multiplikatoren stark genutzt werden.



6. Nicht immer sind Hotlines die erste Wahl, die Betroffene gehen möchten. Auch die Bereitstellung von Online-Meldemöglichkeiten für Jugendämter, an die sich ältere Kinder und Jugendliche direkt wenden können, sollte unterstützt werden.
7. Gerade für junge Eltern bedeutet die Corona-Krise doppelten Stress. Das bedeutet eine zusätzliche Gefahr für Babys und Kleinkinder. Jetzt muss verstärkt vor den Folgen des Schütteltraumas gewarnt werden. NRW hat dazu noch keine eigenen Angebote. Darum sollte bis zur Bereitstellung von eigenen Angeboten auf die Leistungen der Schüttelambulanz der Berliner Charité hingewiesen werden.
8. In manchen Kommunen besteht Unsicherheit, ob Landesgelder unter den veränderten Bedingungen weiter fließen. Es braucht die Zusage, dass die landesseitigen Förderungen der Jugendhilfe zu 100 Prozent weiter finanziert werden.
9. Viele Leistungen, die vor der Corona-Epidemie im persönlichen Kontakt erfolgt sind, müssen jetzt auf anderem Weg erfolgen. In dieser Ausnahmesituation muss die Anerkennung von Online- und Telefonberatung als Fachleistungsstunden sichergestellt sein.
10. Auch und gerade in der Corona-Krise ist Eltern- und Familienberatung unerlässlich. Die Beratung muss nicht im direkten Kontakt stattfinden. Denkbar wären an dieser Stelle, je nach Ausstattung der Familien, auch eine Videokonferenz, damit der Sichtkontakt gewährt ist, ein Chat oder per Telefon.
11. Die Systeme des Kinderschutzes müssen weiter arbeiten können. Dazu gehört die Sicherstellung der Entscheidungsfähigkeit der Familiengerichte – auch kurzfristig, die Absicherung der stationären Unterbringung im Falle des Kinderschutzes, die Absicherung der Notaufnahmestellen für Kinder und die Sicherstellung der Arbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrien und Stopp vorzeitiger Abbrüche oder „Therapieurlaube“.



12. Familien müssen finanziell entlastet werden, um einen möglichen Stressfaktor zu minimieren. Hierunter fällt auch und insbesondere die komplette Erstattung von Elternbeiträgen und gezahltem Essensgeld.
13. Verstärkte öffentliche Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt.
14. Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen waren schon vor Corona besonders gefährdet, gerade auch im Hinblick auf sexualisierte Gewalt. Sie benötigen besondere Unterstützung. Die Arbeit der Integrationshelferinnen und -helfer darf nicht einfach eingestellt werden, sondern muss einen anderen Schwerpunkt bekommen.
15. Die parlamentarische Arbeit und die Öffentlichkeit bleiben auch in der Corona-Krise entscheidende Korrektive. Darum braucht es eine regelmäßige Berichterstattung an das Parlament zur Situation von Familien unter den Bedingungen von Corona. Dies muss der Öffentlichkeit unmittelbar zugänglich gemacht werden.